

Androsch zu EU-Vorsitz: „Mehr Stil als Inhalt“

Der Industrielle und Ex-SPÖ-Politiker übt umfassende Kritik an der Bundesregierung

KURIER: Herr Androsch, welche Bilanz ziehen Sie nach dem EU-Vorsitz Österreichs?

ANDROSCH: Sechs Monate sind eine untaugliche Zeit, Großartiges zu Stande zu bringen, wäre nicht das eine oder andere reif zum Pflücken gewesen. Die Briten haben eine Verbesserung der Stimmung nicht erreicht. Insofern ist es schon ein Erfolg, wenn unter den Österreichern zumindest eine etwas gelöstere Stimmung entstanden ist. Das ist für sich wertvoll, auch wenn weder Großes verabschiedet noch angestoßen wurde. Die Dienstleistungsrichtlinie wurde stark verwässert angenommen, das kosmetische – für das Parlament geschönte – Budget ist zu gering, ebenso das 7. Rahmenprogramm mit viel zu wenig Mitteln ausgestattet.

Was ist Ihnen abgegangen?

Die Regierung hat ihren Koalitionspartner beim Betreiben einer negativen EU-Stimmung gewähren lassen – mitgegangen, mitgefangen. Dabei ist bei uns die EU-Stimmung ohnehin sehr schlecht. Vieles wurde nicht angesprochen: Dass wir zwar eine Währungs-, aber keine Wirtschaftsunion haben. Dass der Lissabon-Prozess de facto nach sechs Jahren gescheitert

ist. Dass es die Forschungsmittel, die Europa braucht, um mit den USA annähernd gleichzuziehen, nicht gibt. Dass nichts Substanzielles für die Transeuropäischen Netze geschehen ist. Dass es uns an Wachstums- und Beschäftigungspolitik fehlt. Die negative Kennzahl dafür sind die hohen Arbeitslosenzahlen – und die geringe Wirtschafts- und Produktivitätsdynamik. Dies alles in einer Situation mit hoher Sparquote und ausgeglichener Leistungsbilanz der EU. In der Energie ist auch nichts weitergegangen, und bei der Erweiterung hat sich außerdem unsere Regierung in der Türkei-Frage selbst gefesselt.

Da haben Sie jetzt einiges angesprochen, wo die Regierung sich lobt.

Von Schönrederei halte ich so wenig wie

von mies machen. Man hat sich sehr bemüht, aber es war mehr Stil als Inhalt. Immerhin hat man nach dem Kater nach den negativen Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden die Stimmung verbessert und war ein guter Gastgeber.

Die SPÖ hat vor dem Vorsitz von der Regierung verlangt, dass Wolfgang Schüssel einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik einleitet. Teilen Sie diese Forderung?

In das, was die SPÖ will, mische ich mich nicht ein. Wir haben eine Währungsunion. Aber wir haben keine

Wachstums- und Beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik.

Sie mahnen ständige eine gemeinsame Wirtschaftspolitik der EU ein. Was wären die Kernpunkte?

Wir müssen auf der Nachfrageseite expansiver werden und dürfen uns keine unnötigen Fes-

seln auferlegen. Bei Universitäten und in der Forschung, wo wir um 100 Milliarden Euro weniger ausgeben als die USA, müssen wir genauso ansetzen wie bei den Transeuropäischen Netzen und der Energiesicherung. Auf der Angebotsseite haben wir jede Menge zu tun, um damit Beschäftigung und Einkommen zu schaffen, anstatt Defizite in Kauf zu nehmen, um die Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das ist nicht das beste ökonomische Geschäft.

Sie wollen, dass die EU-Beihilfen durchforstet werden. Sind Sie auch für eine Offenlegung?

Wenn man öffentliche Mittel zum Einsatz bringt, sollte für die Verwendung die Transparenz gewährleistet sein. Das ist ein berechtigtes Anliegen.

Bekommen Ihre Industriebetriebe EU-Mittel?

Nicht, dass ich wüsste. Wären wir kompatibel für EU-Förderungen, würde ich sie in Anspruch nehmen. Ich würde das auch offen legen.

Interview:

P. Haller



APA / A. SCHAFER